

Unsere Handschrift

Bilanz in 77 Stichworten

BILANZ IN 77 STICHWORTEN

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

ALLGEMEIN

SOLIDARISCHE BÜRGERGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHER STAAT

NEUE WERTSCHÖPFUNG UND GUTE ARBEIT

DER VORSORGENDE SOZIALSTAAT

EINE FRIEDLICHE, FREIE UND GERECHTE WELTORDNUNG

NACHHALTIGER FORTSCHRITT

Unsere Handschrift

Bilanz in 77 Stichworten

Vorwort



Vier Jahre Große Koalition haben deutlich gezeigt: Wir Sozialdemokraten werden gebraucht in Deutschland. Wir sind der Motor in dieser Regierung. Wir haben den Mut zu entscheiden und wir verfügen bei unseren Entscheidungen über einen klaren Kompass. Unsere Handschrift in der Großen Koalition ist deutlich sichtbar. Wir können stolz auf unsere Leistung sein.

Besonders in der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise haben wir mit unserem Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier die Richtung vorgegeben. Während sich CDU und CSU einen unsinnigen Streit über Steuersenkungen geleistet haben, haben wir die beiden Konjunkturpakete in Höhe von 80 Milliarden Euro erarbeitet und durchgesetzt.

Die Große Koalition ist in einigen Bereichen aber auch hinter ihren Möglichkeiten geblieben, weil CDU und CSU wichtige Gesetze und Vorhaben blockiert haben. Das gilt

sowohl für die Neuregelung der Jobcenter, den Mindestlohn in der Zeitarbeitsbranche, das Umweltgesetzbuch als auch für das NPD-Verbot. Mit ihrer ideologischen Verweigerungshaltung haben CDU und CSU dem Land und den Menschen geschadet.

Am 27. September entscheidet sich, wer Deutschland in den kommenden vier Jahren regieren wird. Es geht darum, wem die Menschen vertrauen und wem sie zutrauen, mutig und entschlossen das Land aus dieser wirtschaftlichen Krise zu führen.

Nach der bisher einzigen Großen Koalition konnten wir 1969 mit Willy Brandt den ersten sozialdemokratischen Bundeskanzler stellen. Wir werden mit aller Kraft dafür kämpfen, dass diese Tradition fortgesetzt wird und nach der zweiten Großen Koalition mit Frank-Walter Steinmeier der nächste Bundeskanzler wieder ein Sozialdemokrat ist.

In 77 Stichworten stellen wir einen Ausschnitt unserer Arbeit in den letzten vier Jahren dar.

Mit freundlichen Grüßen

The image shows a handwritten signature in black ink. The signature is written in a cursive, somewhat stylized script. It appears to be the name 'Peter Struck', with 'Peter' on the left and 'Struck' on the right. The letters are connected and fluid.

Dr. Peter Struck

Stichwort 1: **Arbeitnehmerrechte geschützt**

Die Union wollte 2005 die Arbeitnehmerrechte schleifen, den Kündigungsschutz für über 90 Prozent der Arbeitnehmer lockern und die Mitbestimmungsrechte auf die Regelungen von 1972 zurückschrauben. Schon vor der Aufnahme von Koalitionsgesprächen konnten wir die uneingeschränkte Erhaltung der Tarifautonomie erreichen, die Arbeitnehmerrechte schützen und den Kündigungsschutz bewahren.

Stichwort 2: **Mindestlohn für über drei Millionen Menschen**

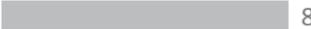
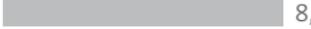
Neun Branchen sind inzwischen in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufgenommen worden. Damit gilt für über drei Millionen Beschäftigte ein Mindestlohn. Für uns sind Mindestlöhne ein zentrales Instrument, um »Gute Arbeit« zu sichern. Wir wollen damit Arbeitnehmer vor Dumpinglöhnen schützen und für gerechten Wettbewerb sorgen. Das Ziel muss sein, dass Menschen von ihrer Arbeit auskömmlich leben können. Deshalb halten wir daran fest, einen gesetzlichen Mindestlohn bundesweit einzuführen.

Gesetzliche Mindestlöhne

In Westeuropa meist über acht Euro

Gesetzlicher Mindest-Stundenlohn in der EU in Euro

zuletzt erhöht:

LUXEMBURG		9,49	01.01.2009
FRANKREICH		8,71	28.06.2008
IRLAND		8,65	01.07.2007
NIEDERLANDE		8,47	01.01.2009
BELGIEN		8,41	01.10.2008
DEUTSCHLAND		7,50	
GROSSBRITANNIEN		7,20	01.10.2008
GRIECHENLAND		4,05	01.09.2008
SPANIEN		3,78	01.01.2009
MALTA		3,67	01.01.2009
SLOWENIEN		3,41	01.08.2008
PORTUGAL		2,71	01.01.2009
POLEN		2,10	01.01.2009
TSCHECHIEN		1,93	01.01.2007
ESTLAND		1,73	01.01.2008
SLOWAKEI		1,70	01.01.2009
UNGARN		1,64	01.01.2009
LETTLAND		1,48	01.01.2009
LITAUEN		1,40	01.01.2008
RUMÄNIEN		0,96	01.01.2009
BULGARIEN		0,71	01.01.2009

Jeweils zum 01.01.2009; Umrechnung in Euro zum Referenzkurs des Jahresdurchschnitts 2008

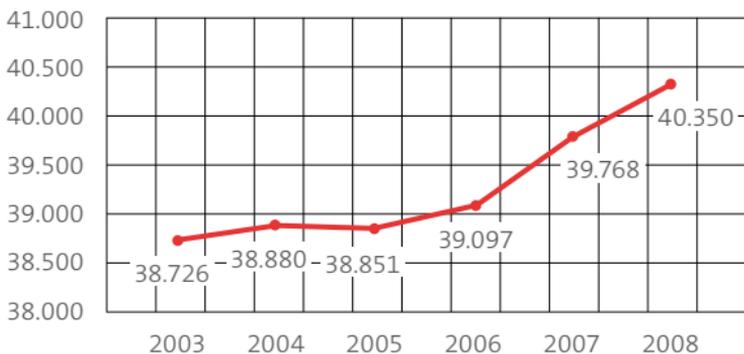
Quelle: WSI Mitteilungen 3/2009 / Hans-Böckler-Stiftung 2009

Stichwort 3: Schutzschirm für Beschäftigung

Wir haben die konjunkturell gute Situation in den letzten Jahren für den Erhalt und den Aufbau neuer Arbeitsplätze genutzt. Über 40 Millionen Erwerbstätige und über 28 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sprechen eine deutliche Sprache. Angesichts des weltweiten konjunkturellen Einbruchs kommt es jetzt darauf an, die Erfolge auf dem Arbeitsmarkt zu sichern. Deshalb haben wir das Kurzarbeitergeld verlängert, Weiterqualifizierung gefördert und ein Investitionsprogramm in Höhe von rund 80 Milliarden Euro für die Jahre 2009 und 2010 beschlossen.

Entwicklung der Erwerbstätigen

Angaben in Tausend



Stichwort 4: Längeres Kurzarbeitergeld

Wir haben die Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld auf 24 Monate verlängert und die Beantragung sowie das Verfahren bei Kurzarbeit vereinfacht und flexibilisiert. In den kommenden zwei Jahren werden den Arbeitgebern bei Kurzarbeit die Hälfte bzw. ab dem siebten Monat die gesamten Sozialversicherungsbeiträge von der Bundesagentur für Arbeit erstattet.

Stichwort 5: Abwrackprämie stützt die Automobilindustrie

Wir haben die Abwrackprämie eingeführt und damit dazu beigetragen, die Krise in der Automobilindustrie abzufedern. Mit insgesamt 5 Milliarden Euro fördern wir in diesem Jahr den Kauf eines umweltfreundlichen Neu- oder Jahreswagens.

Stichwort 6: **Soziale Künstler-Absicherung verbessert**

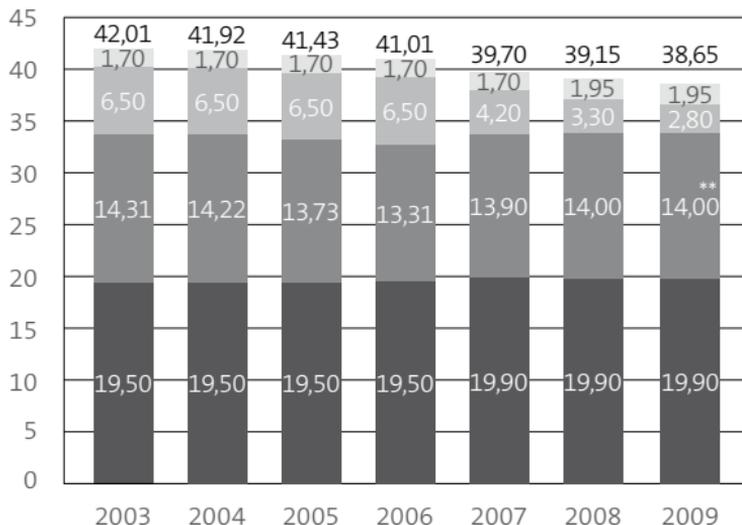
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die typischerweise immer nur kurz beschäftigt sind, das sind vor allem Beschäftigte im Kultur-, Film- und Medienbereich, können künftig leichter Arbeitslosengeld erhalten. Für sie besteht jetzt nach sechs Monaten innerhalb der zweijährigen Rahmenfrist ein Anspruch auf Arbeitslosengeld, wenn der Arbeitnehmer überwiegend bis zu einer Dauer von sechs Wochen beschäftigt ist. Die notwendige Vorversicherungszeit haben wir damit halbiert.

Stichwort 7: **Sinkende Sozialversicherungsbeiträge**

Der Arbeitslosenversicherungsbeitrag (AV-Beitrag) ist innerhalb von zwei Jahren um mehr als die Hälfte gesunken - von 6,5 Prozent auf 2,8 Prozent zum 1. Januar 2009. So niedrig war der AV-Beitrag seit 1975 nicht mehr. Wir entlasten die Beitragszahler damit um über 30 Milliarden Euro. Insgesamt liegen die Sozialversicherungsbeiträge weiter unter 40 Prozent, der Arbeitgeberbeitrag für die Sozialversicherung liegt unter der 20-Prozent-Marke.

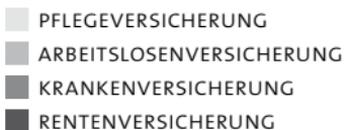
Entwicklung der Lohnnebenkosten Beitragssätze des Bruttoarbeitsentgelts

Summe der Abgaben in Prozent*



* Ohne Sonderbeitrag der GKV-Mitglieder in Höhe von 0,9 Prozent

** Vom 1. Januar bis 30. Juni 2009 14,6 Prozent. Ab 1. Juli 2009 14,0 Prozent.



Stichwort 8: Längeres Arbeitslosengeld für Ältere

Ältere Arbeitslose erhalten seit 2008 länger Arbeitslosengeld. Ihre Lebensleistung wird damit stärker berücksichtigt. Über-50-Jährige erhalten 15 Monate Arbeitslosengeld, über-55-Jährige 18 Monate und über-58-Jährige erhalten 24 Monate Arbeitslosengeld I. Besonders wichtig: Anders als von Rüttgers und Union gewollt, geht diese Maßnahme nicht zu Lasten von Frauen und Jüngeren.

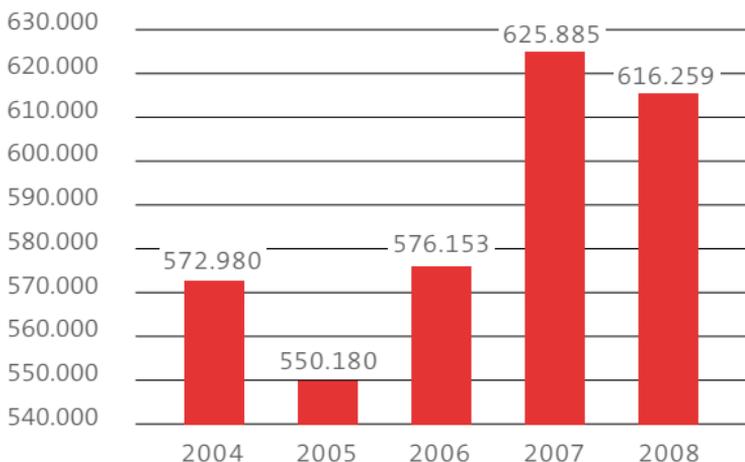
Stichwort 9: Neue Chancen für benachteiligte Jugendliche

Wir wollen, dass auch benachteiligte Jugendliche eine faire Chance auf dem Ausbildungsmarkt erhalten. Deshalb haben wir befristet einen Ausbildungsbonus eingeführt, mit dem 100.000 zusätzliche Ausbildungsplätze bis zum Jahr 2010 geschaffen werden sollen. Der Ausbildungsbonus soll Arbeitgeber dazu veranlassen, zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze für förderbedürftige junge Menschen, die bereits seit längerem einen Ausbildungsplatz suchen, bereitzustellen.

Stichwort 10: Ausbildungsplätze sichern

Der vor 6 Jahren unter Rot-Grün gestartete Ausbildungs-pakt wirkt weiter. 2007 und 2008 lag die Zahl der Ausbildungsplätze wieder deutlich über 600.000. Uns ist das Schicksal der jungen Leute nicht gleichgültig. Wir wollen gemeinsam mit der Wirtschaft das bisherige Ausbildungs-niveau halten, trotz Krise.

Neue Ausbildungsverträge



Quelle: Berufsbildungsbericht 2009

Stichwort 11: Höheres BAföG

Zum Wintersemester 2008/2009 haben wir das BAföG deutlich erhöht. Die Höchstfördersätze für Studierende sind um 10 Prozent und damit von 585 auf 643 Euro gestiegen. Die Freibeträge haben wir um 8 Prozent erhöht. Dadurch erhalten mehr junge Menschen erstmals einen BAföG-Anspruch. Weitere Verbesserungen gibt es auch beim Betreuungszuschlag für Studierende mit Kindern. All das schafft mehr Chancengleichheit in der Bildung.

Entwicklung der BAföG-Geförderten

Angaben in Tausend*



* Absolute Zahlen der Förderfälle

** Schätzungen des BMBF

Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung

Stichwort 12: **Meister-BAföG verbessert**

Wir haben das Meister-BAföG entscheidend ergänzt. Wir fördern jetzt auch Aufstiegsfortbildungen zur Erzieherin oder zum Erzieher wie auch Fortbildungen in der ambulanten und stationären Altenpflege. Zudem haben wir erreicht, dass die Zeit zwischen Beendigung der Fortbildungsmaßnahme und der Prüfung finanziell abgesichert ist. Als Anerkennung für eine bestandene Prüfung werden jetzt 25 Prozent der Lehrgangs- und Prüfungsgebühren erlassen.

Stichwort 13: **Wohngeld erhöht**

Wir haben das Wohngeld zum 1. Januar 2009 angehoben. Das durchschnittlich gezahlte Wohngeld ist von 92 auf 142 Euro im Monat gestiegen. Rund 800.000 Haushalte, darunter etwa 300.000 Rentnerhaushalte, profitieren von dieser Maßnahme.

Stichwort 14: Steuersenkungen für kleine und mittlere Einkommen

Wir haben die Steuern für kleine und mittlere Einkommen gesenkt. Der Eingangssteuersatz beträgt nun nur noch 14 Prozent, der Grundfreibetrag wird zum 1. Januar 2010 auf 8.004 Euro erhöht.

Stichwort 15: Bürger entlastet

Beiträge für eine Kranken- und Pflegeversicherung können ab 1. Januar 2010 steuerlich deutlich besser geltend gemacht werden. Insgesamt werden die Bürgerinnen und Bürger dadurch jährlich um 9,5 Milliarden Euro dauerhaft entlastet. Ab dem kommenden Jahr werden demnach alle Aufwendungen für eine Kranken- und gesetzliche Pflegeversicherung auf sozialhilferechtlich gewährleistetem Leistungsniveau vollständig als Sonderausgaben berücksichtigt. Beiträge zur Krankenversicherung für Ehepartner, eingetragene Lebenspartner und Kinder sind ebenfalls von der Steuerbefreiung erfasst. Um die soziale Balance zu wahren, gelten die Neuregelungen ab kommendem Jahr gleichermaßen für gesetzlich wie privat Krankenversicherte. Wir haben darüber hinaus dafür gesorgt, dass auch Versicherungsbeiträge zu Haftpflicht-, Unfall-, Berufsunfähig-

higkeits- und zur Arbeitslosenversicherung weiterhin abzugsfähig bleiben. Davon profitieren insbesondere Gering- und Durchschnittsverdiener.

Stichwort 16: **Haushaltsnahe Dienstleistungen werden gefördert**

Wir haben die steuerlichen Regelungen für haushaltsnahe sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse und haushaltsnahe Dienstleistungen vereinfacht und spürbar verbessert. Die Förderung beträgt seit 1. Januar 2009 bis zu 4.000 Euro pro Jahr. Familien werden so nicht nur finanziell entlastet, sondern es werden günstigere Rahmenbedingungen zur weiteren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf geschaffen.

Stichwort 17: **Verbesserte Absetzbarkeit von Handwerksleistungen**

Um private Haushalte zu entlasten und Schwarzarbeit zu bekämpfen, haben wir die Absetzbarkeit von Handwerksleistungen bei Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen ausgeweitet. Der Steuerbonus ist auf 20 Prozent von 6.000 Euro zum 1. Januar 2009 verdoppelt worden, also auf bis zu 1.200 Euro.

Stichwort 18: **Schwarzarbeit wird bekämpft**

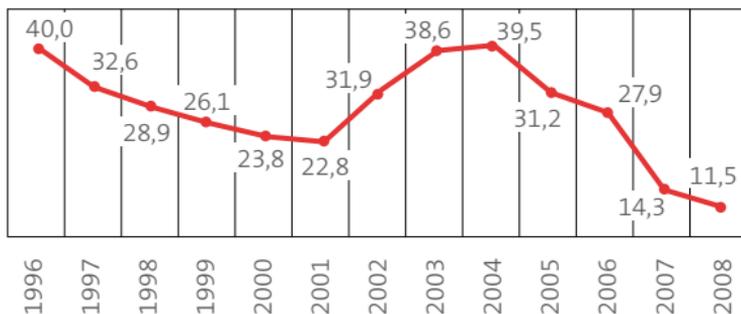
Durch die sofortige Meldung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei Beginn ihrer Beschäftigung wird die Identifizierung vereinfacht. Zudem haben wir die Mitführungs- und Vorlagepflicht von Personaldokumenten eingeführt. Bei Kontrollen müssen die Behörden zur Identitätsfeststellung auf geeignete Dokumente zurückgreifen können. Dies gilt insbesondere bei ausländischen Beschäftigten. Eine schnellere Identifizierung der angetroffenen Personen ist ein Beitrag zur wirkungsvolleren Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung.

Stichwort 19: Stabilisierung des Bundeshaushaltes und Zukunftsbereiche gestärkt

Wir haben in den letzten Jahren mit unserer Haushalts- und Finanzpolitik nicht nur erfolgreich konsolidiert, sondern auch verstärkt in Zukunftsprojekte und verbesserte wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen investiert. Durch die Haushaltskonsolidierungserfolge der letzten Jahre – die Nettokreditaufnahme des Bundes für den Haushalt 2008 war die niedrigste seit der Wiedervereinigung – hat der Bund erst den Spielraum geschaffen, jetzt aktiv auf die krisenhafte ökonomische Entwicklung reagieren zu können.

Entwicklung der Nettokreditaufnahme

Angaben in Milliarden Euro



Stichwort 20: **Konjunkturpaket für die Kommunen**

13,3 Milliarden Euro stehen in diesem und dem kommenden Jahr für kommunalbezogene Investitionen zur Verfügung. Zwei Drittel der Mittel fließen dabei in den Bildungsbereich, also in Kitas und Schulen. Das restliche Drittel geht in die Sanierung von Krankenhäusern, den Städtebau und in die Lärmsanierung von Straßen. Mit dem kommunalen Investitionsprogramm schaffen wir die Voraussetzung dafür, dass wir gestärkt aus der Krise hervorgehen.

Stichwort 21: **Bankenrettungsschirm gespannt**

Innerhalb weniger Tage haben wir auf die weltweite Finanzmarktkrise reagiert. Mit einem Hilfspaket in Höhe von insgesamt 500 Milliarden Euro haben wir für Stabilität auf den Finanzmärkten gesorgt. Wir helfen damit nicht renditeverliebten Bankern, sondern der deutschen Volkswirtschaft. Für sie ist die Kreditversorgung essentiell. Würde sie zusammenbrechen, hätte dies auch massive Folgen für Unternehmen und Arbeitsplätze. Und auch als Anleger bzw. Sparer profitieren alle Bürgerinnen und Bürger natürlich davon, dass die Finanzinstitute stabilisiert werden.

Stichwort 22: **Bad Banks**

Wir haben für Kreditinstitute die Möglichkeit geschaffen, ihre Bilanzen von sog. »toxischen« Wertpapieren zu entlasten. Diese »toxischen« Papiere belasten die Banken, da sie gezwungen sind, nicht nur immer wieder neue Wertberichtigungen vorzunehmen, sondern auch ständig mehr Kapital zur Absicherung dieser Schrottpapiere zu hinterlegen. Das belastet ihr Eigenkapital erheblich. Diese Hilfe für die Banken gibt es nicht zum Nulltarif. Sie müssen eine Garantiegebühr an die Sonderanstalt für Finanzmarktstabilität (SoFFin) abführen und sie werden verpflichtet, jährlich Rückstellungen zu bilden, um die Differenz zwischen Buchwert und dem wahrscheinlichen Wert bei Fälligkeit ausgleichen zu können. Hinzu kommt noch ein Dividendenausschüttungsverbot für die Banken, deren Rückstellungen bei Fälligkeit nicht ausreichen. Damit stellen wir sicher, dass die Banken in die Pflicht genommen werden und mögliche Verluste nicht zu Lasten der Steuerzahler gehen.

Stichwort 23: **Verstaatlichung**

Um das öffentliche Gut »Finanzmarktstabilität« zu sichern, haben wir die Möglichkeit geschaffen, Anteile an einem Unternehmen des Finanzsektors zu verstaatlichen.

Diese Verstaatlichung ist ultima ratio. Nach der verheerenden Insolvenz von Lehman Brothers in den USA haben sich die Regierungen weltweit verpflichtet, kein systemisch wichtiges Institut mehr untergehen zu lassen. Die Hypo Real Estate (HRE) mit einer Bilanzsumme von rund 400 Milliarden Euro ist eine systemisch wichtige Bank. Wir wollen verhindern, dass eine Insolvenz der HRE über einen Dominoeffekt andere Finanzdienstleister, Unternehmen und Anleger in den wirtschaftlichen Abgrund reißt.

Stichwort 24: **Steueroasen bekämpfen**

Wir haben frühzeitig die notwendigen Lehren aus der aktuellen Finanzkrise gezogen und haben als erste große politische Kraft in Deutschland umfassende, konkrete und realitätstaugliche Strategien entwickelt. Mit einem Gesetz gegen Steuerhinterziehung haben wir die Ermittlungsmöglichkeiten von Behörden bei Geschäftsbeziehungen von Steuerpflichtigen in nicht kooperative Staaten verbessert. Mittelbar ist dies auch ein Anreiz für diese Staaten, mit Deutschland einen effektiven Auskunfts austausch zu vereinbaren.

Stichwort 25: **Managergehälter geregelt**

Die Einkommen der Chefs der DAX-Unternehmen sind in den letzten Jahren vom 14-fachen des durchschnittlichen Belegschaftsgehaltes auf das 44-fache gestiegen. Hinzu kommt, dass ein Großteil der variablen Bezüge von Managern in den letzten Jahren immer stärker auf kurzfristige Erfolgsindikatoren ausgerichtet wurde, anstatt auf einen nachhaltigen Unternehmenserfolg. Vor diesem Hintergrund haben wir gehandelt und dafür gesorgt, dass in Zukunft der Aufsichtsrat bei der Festsetzung der Gesamtbezüge des einzelnen Vorstandsmitgliedes dafür zu sorgen hat, dass langfristige Verhaltensanreize zur nachhaltigen Unternehmensentwicklung gesetzt werden. In diesem Zusammenhang ist es in Zukunft erst frühestens nach vier Jahren möglich, Aktienoptionen zu ziehen und nicht wie bisher nach zwei Jahren. Außerdem haben wir die Regeln zur nachträglichen Herabsetzung der Vorstandsvergütung in Fällen, in denen sich die wirtschaftlichen Verhältnisse des Unternehmens wesentlich verschlechtert haben, verschärft. Und künftig wird der gesamte Aufsichtsrat über die Vergütung des Vorstandes und nicht ein kleiner Ausschuss entscheiden. Kungelrunden wird damit ein Riegel vorgeschoben.

Stichwort 26: **Starke Schultern müssen mehr tragen**

Leistungsgerechtigkeit fordert eine höhere Besteuerung großer Einkommen und hoher Vermögen. Deshalb haben wir die sog. »Reichensteuer« eingeführt, damit sich Spitzenverdiener wieder stärker an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben beteiligen. Für große Einkommen, ab einem Jahresbrutto von 250.000 Euro für Ledige und 500.000 Euro für Verheiratete, haben wir den Spitzensteuersatz auf 45 Prozent erhöht.

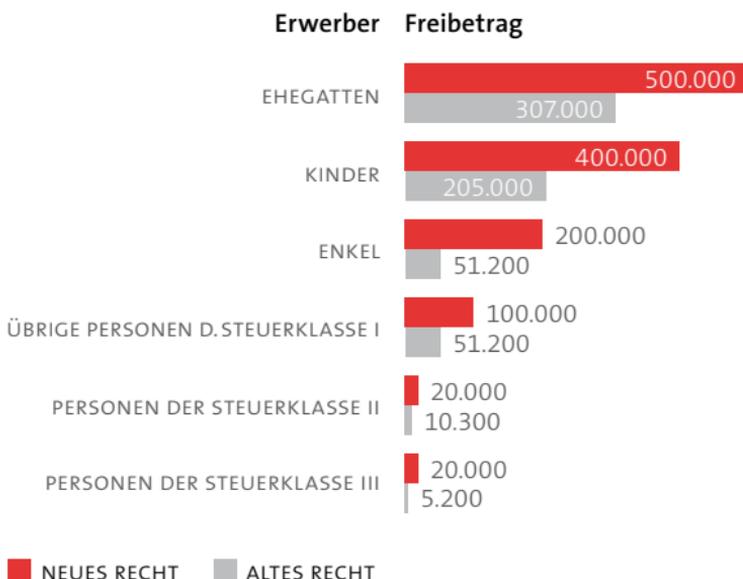
Stichwort 27: **Erbschaftsteuer bleibt erhalten**

Mit einem jährlichen Aufkommen von rund 4 Milliarden Euro können die Länder auch in Zukunft mehr in Bildung investieren. Trotz der Höherbewertung von Immobilien bleiben Schenkungen und Erbschaften innerhalb der Kernfamilie (Ehepartner, Kinder und auf Druck der SPD auch eingetragene Lebenspartner) regelmäßig steuerfrei. Empfänger sehr hoher Vermögen sowie außerhalb des engen familiären Umfeldes müssen dagegen in Zukunft vielfach einen höheren Beitrag zum Steueraufkommen leisten. Anders ausgedrückt: Das neue Recht ist gerecht, weil es die Kernfamilie bei Erbschaften verschont und Millionenerben stärker als bisher zur Kasse bittet. Darüber hinaus ist es

wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisch zielgerichtet, die steuerliche Begünstigung der Betriebsnachfolge an den langfristigen Erhalt von Arbeitsplätzen zu knüpfen.

Übersicht über die persönlichen Freibeträge

Angaben in Euro



Quelle: Bundesfinanzministerium

Stichwort 28: **Gewerbesteuer gestärkt**

Vor der Bundestagswahl wollten CDU/CSU und FDP die Gewerbesteuer abschaffen. Im Zuge der Unternehmensteuerreform konnten wir erreichen, dass die Gewerbesteuer nicht nur erhalten bleibt, sondern dass sich die Einnahmesituation der Kommunen weiter verbessern wird. Mit der Stärkung der kommunalen Finanzkraft schaffen wir die Voraussetzung dafür, dass Städte und Gemeinden in Zukunft wieder verstärkt in Straßen, Schulen und andere öffentliche Gebäude investieren können.

Stichwort 29: **Deutschland hat ein neues Unternehmenssteuerrecht**

Seit dem 1. Januar 2008 hat Deutschland ein neues, reformiertes Unternehmensteuerrecht, das international wettbewerbsfähig ist. Unternehmen werden animiert, Gewinne nicht länger ins Ausland zu transferieren, sondern in Deutschland zu investieren. Das stärkt den Standort Deutschland. Es geht nicht um Geschenke für Unternehmen und Unternehmer, sondern darum, neue Arbeitsplätze und Investitionen in Deutschland zu schaffen und dabei gleichzeitig die Steuereinnahmen des Staates zu erhöhen und für mehr Steuergerechtigkeit zu sorgen.

Stichwort 30: **Abbau von Steuervergünstigungen**

Wir machen ernst beim Abbau von ungerechtfertigten Steuervergünstigungen. So haben wir beispielsweise die Attraktivität von Steuerstundungsmodellen durch eine sogenannte Verlustbeschränkung wirkungsvoll eingeschränkt. Anleger können Verluste nur noch mit Einkünften aus derselben Einkunftsquelle verrechnen.

Stichwort 31: **Elterngeld eingeführt**

Auf unsere Initiative hin hat die Große Koalition das Elterngeld eingeführt. Das Elterngeld ersetzt bis zu 14 Monate das durch die Kinderbetreuung entfallende Einkommen in Höhe von 67 Prozent bis maximal 1.800 Euro monatlich. Wir schaffen damit die Rahmenbedingungen, dass sich Familie und Beruf besser als bisher miteinander verbinden lassen. Der gewohnte Lebensstandard junger Familien im ersten Jahr nach der Geburt des Kindes wird damit gesichert.

Stichwort 32: **Kindergelderhöhung und Schulbedarfspaket**

Wir haben in der Koalition dafür gesorgt, dass das Kindergeld steigt. Zum 1. Januar 2009 haben wir für das erste und zweite Kind die monatliche Zahlung von 154 auf 164 Euro erhöht. Für das dritte Kind ist es um 16 auf 170 Euro, ab dem vierten Kind von 179 auf 195 Euro gestiegen. Besonders Familien mit kleinen und mittleren Einkommen kommt die Kindergelderhöhung zu Gute. Seit unserer Regierungsübernahme haben wir das Kindergeld damit vier Mal erhöht - von 112 auf 164 Euro monatlich.

Kinder, deren Eltern Arbeitslosengeld II (ALG II), Sozialhilfe oder den Kinderzuschlag beziehen, lassen wir nicht im Regen stehen. Sie erhalten jeweils zum Schuljahresbeginn zusätzliche Leistungen von 100 Euro für den Schulbedarf. Mit diesem Schulbedarfspaket sollen insbesondere die persönliche Schulausstattung wie Schulranzen, Schreib- und Rechenmaterialien bezahlt werden können.

Kindergelderhöhung seit 1998

Angaben in Euro*

	1999	2000	2002	01.01.2009
1. Kind	127,82	138,05	154,00	164,00
2. Kind	127,82	138,05	154,00	164,00
3. Kind	158,39	158,39	154,00	170,00
weitere Kinder	178,95	178,95	179,00	195,00

*Umrechnung: 1 Euro = 1,95583 DM
Quelle: Bundesfamilienministerium

Stichwort 33: **Rechtsanspruch auf Kinder- betreuung ab eins**

Mit dem Kinderförderungsgesetz haben wir einen Meilenstein in der Familien- und Bildungspolitik gesetzt: Wir haben den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem ersten Geburtstag ab 2013 festgeschrieben. Dieser Rechtsanspruch verbessert die Infrastruktur für Familien und garantiert durch eine möglichst frühe Förderung mehr Chancengleichheit für alle Kinder.

Stichwort 34: **Kinderzuschlag verbessert**

Eltern mit geringem Einkommen können für ihre Kinder einen Kinderzuschlag erhalten. Dies trifft für Eltern zu, die mit ihren Kindern in einem gemeinsamen Haushalt leben und über Einkommen und Vermögen verfügen, das es ihnen ermöglicht, zwar ihr eigenes Existenzminimum, nicht aber das ihrer Kinder zu decken. Von der Weiterentwicklung des Kinderzuschlags profitieren seit Anfang 2009 bis zu 250.000 Kinder, das sind rund 150.000 mehr als bisher. Kinderarmut wird somit vermindert.

Stichwort 35: **Vorrang von Kindern**

Mit einer Reform des familienrechtlichen Unterhaltsrechts haben wir die Rechte und die Versorgung von Kindern weiter gestärkt. Minderjährigen Kindern wird bei der Gewährung von Unterhalt durch den Unterhaltspflichtigen der erste Rang und damit Vorrang vor allen anderen Unterhaltsberechtigten eingeräumt.

Stichwort 36: **Weniger Bürokratie**

Weniger Bürokratie schafft neue Handlungsspielräume und verbessert Chancen für die kleinen und mittleren Unternehmen. Mit insgesamt drei Entlastungsgesetzen haben wir viele bürokratische Hindernisse für mittelständische Unternehmen beseitigt. Wir schaffen bessere Voraussetzungen für mehr Investitionen, Innovationen und Beschäftigung. Insgesamt entlasten wir mit diesen drei Gesetzen die Wirtschaft um rund 850 Millionen Euro.

Stichwort 37: Bessere Abschreibungsmöglichkeiten

Zum 1. Januar 2009 haben wir die degressive Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens in Höhe von 25 Prozent wieder eingeführt. Die Regelung ist befristet auf zwei Jahre. Mit dieser Maßnahme fördern wir gezielt neue Investitionen von Unternehmen. Ebenfalls befristet auf zwei Jahre ist die erweiterte Sonderabschreibung für kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) möglich. Hierbei werden die relevanten Betriebsvermögens- und Gewinn Grenzen auf 335.000 Euro bzw. 200.000 Euro erhöht.

Stichwort 38: Wir erleichtern Unternehmens- gründungen

Wir haben Unternehmensgründungen erleichtert und die Rechtsform der GmbH für den deutschen Mittelstand attraktiver ausgestaltet. So haben wir z. B. einen notariell beurkundeten Mustergesellschaftsvertrag für unkomplizierte, kostengünstige und unbürokratische GmbH-Standardgründungen eingeführt. Auch wurde eine Einstiegsvariante der GmbH geschaffen, für die kein Mindeststammkapital nötig ist.

Stichwort 39: Steuererleichterungen für kleine und mittlere Unternehmen

Für die Jahre 2009 und 2010 wird die Ist-Versteuerung bei der Umsatzsteuer auf 500.000 Euro festgesetzt. Damit wird die bereits in Ostdeutschland geltende Regelung verlängert und in Westdeutschland ausgeweitet. Für die westdeutschen Unternehmen bedeutet dies eine Verdoppelung der Umsatzgrenze in diesen zwei Jahren. Damit sichern wir die Liquidität besonders von kleinen und mittleren Unternehmen, denn die Umsatzsteuer muss erst dann entrichtet werden, wenn die Rechnungen auch tatsächlich bezahlt sind.

Stichwort 40: Beteiligung von Mitarbeitern an Unternehmen

Wir wollen, dass Beschäftigte gerecht am Ertrag ihres Unternehmens beteiligt sind. Mit dem Mitarbeiterkapitalbeteiligungsgesetz haben wir die Beteiligung von Mitarbeitern am Kapital ihres Unternehmens gestärkt. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bringt das Gesetz bessere Rahmenbedingungen, einen fairen Anteil am wirtschaftlichen Erfolg ihres Unternehmens und somit am Gewinn. Damit gehen wir einen wirtschaftlich vernünftigen Schritt hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit.

Stichwort 41: **Bildungsprämie stärkt Weiterbildung**

Mit der Bildungsprämie mobilisieren wir mehr Menschen für die berufliche Weiterbildung. Insbesondere Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen, gering Qualifizierten und Älteren wird durch die Bildungsprämie ein finanzieller Anreiz zur Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen gegeben. Weiterbildung sichert nicht nur das eigene berufliche Fortkommen, sondern wirkt sich auch positiv auf Wirtschaftswachstum und Entwicklung der Beschäftigung aus.

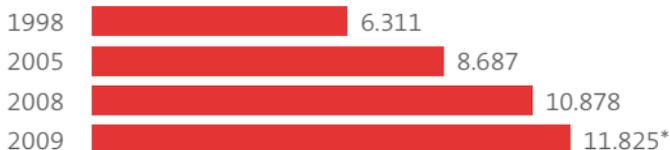
Stichwort 42:

Wir investieren in Forschung und Entwicklung

In dieser Legislaturperiode stehen über 7 Milliarden Euro zusätzlich für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zur Verfügung. Zusätzlich werden im Rahmen der Konjunkturpakete für 2009 bis 2011 weitere Mittel für Forschung und Entwicklung bereitgestellt. Insgesamt leisten wir damit einen wesentlichen Beitrag zum 3-Prozent-Ziel, das die europäischen Staats- und Regierungschefs im Jahr 2000 in Lissabon vereinbart haben.

Entwicklung der Haushaltsmittel für Bildung und Forschung

Angaben in Mio. Euro



* Mittel des Einzelplans 30 (BMBF) zuzüglich BAföG-Darlehensanteil ab 2000 und Ganztagserschulprogramm-Mittel sowie abzüglich Abgänge zum BMWi (Quelle BMBF)
Quelle: Bundesfinanzministerium

Stichwort 43: **Gebäudesanierungsprogramm läuft erfolgreich**

Das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm ist eine Erfolgsgeschichte. Es dient dazu, die energetische Gebäudesanierung durch zinsgünstige Kredite der KfW zu beschleunigen. Dadurch werden CO₂-Emissionen verringert und gleichzeitig jährlich 200.000 Arbeitsplätze im Handwerk geschaffen und erhalten. Seit 2006 wurden über 835.000 Wohnungen energetisch saniert bzw. besonders energieeffizient errichtet. Um zusätzliche Investitionen in die Energieeffizienz von Gebäuden anzustoßen, haben wir die Mittel für das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm und andere Maßnahmen um 3 Milliarden Euro für die Jahre 2009 bis 2011 aufgestockt.

Stichwort 44: **Weichenstellung für eine integrierte europäische Klima- und Energiepolitik**

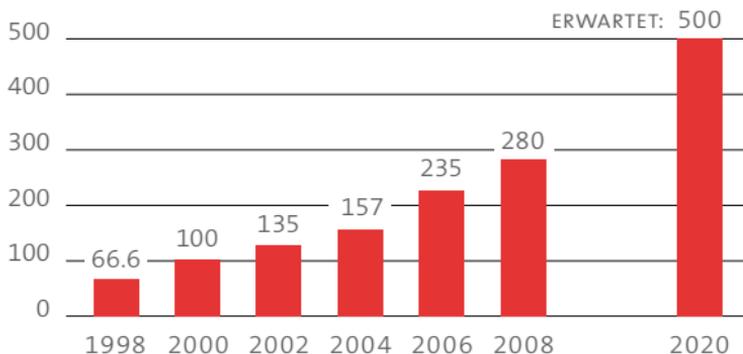
Mit unseren beiden integrierten Klima- und Energieprogrammen haben wir vor allem durch die Steigerung der Energieeffizienz und dem weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien einen beachtlichen Beitrag zur Verbesserung des Klimas geleistet. Für uns ist das die richtige Antwort, um den Herausforderungen des Klimawandels begegnen zu können.

Stichwort 45: Kein Ausstieg aus dem Ausstieg

Die rot-grüne Bundesregierung hat im Jahr 2000 gemeinsam mit den Energiekonzernen den Konsens über den Ausstieg aus der Atomenergie ausgehandelt und umgesetzt. Die Aufrechterhaltung des Atomausstiegs haben wir gegen den Widerstand der Union im Koalitionsvertrag vereinbart. Wir halten weiter am Ausstieg aus der veralteten und gefährlichen Atomenergie fest.

Erneuerbare Energien: Arbeitsplätze in 10 Jahren vervierfacht

Zahl der Arbeitsplätze in Tausend



Quelle: DLR/ZSW/DIW/GWS, BMU, UBA; Stand: 3/2009

Stichwort 46: **Vier Umweltgesetze statt ein Umweltgesetzbuch**

Wir haben zum Ende der Legislaturperiode vier einzelne Gesetze zur Änderungen des Umweltrechts beschlossen. Diese Einzelgesetze waren nötig, da die Union den Entwurf eines umfassenden Umweltgesetzbuches (UGB) hat scheitern lassen. Die beschlossenen Gesetze novellieren im Wesentlichen das Wasserrecht, das Naturschutzrecht und das Strahlenschutzrecht.

Stichwort 47: **Biokraftstoffe fördern**

Nachhaltig erzeugte Biokraftstoffe tragen zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen bei. Wir wollen daher Biokraftstoffe fördern, müssen aber auch darauf achten, dass es zu keiner Konkurrenz der Anbauflächen zwischen Biosprit und Nahrungsmitteln kommt. Deswegen haben wir uns dafür entschieden, erst 2010 eine Beimischung von 6,25 Prozent zu erreichen. Für das Jahr 2011 ist eine Überprüfung der künftigen Quotenhöhen vorgesehen. Weiterhin werden wir den Ausbau der Biokraftstoffe stärker als bisher auf die effektive Minderung der Treibhausgasemissionen ausrichten.

Stichwort 48: **Verstärkung der Verkehrsinvestitionen**

Wirtschaftswachstum und Beschäftigung sind entscheidend von einem leistungsfähigen Verkehrssystem abhängig. Im Jahr 2009 stehen 12 Milliarden Euro für verstärkte Verkehrsinvestitionen zur Verfügung. 2009 geht es vor allem darum, im Bau befindliche Verkehrsprojekte zu beschleunigen und mit baureifen Projekten früher zu beginnen. Denn: Planen und Bauen von Verkehrswegen sichert Beschäftigung in der Bauwirtschaft und in den vielen nachgelagerten Bereichen.

Stichwort 49: **Moderne Städtebaupolitik**

Wir wollen den Wandel unserer Städte und Gemeinden gestalten und nachhaltige städtebauliche Strukturen herstellen. Stadtentwicklung ist für uns nicht nur Baupolitik. Deshalb haben wir 1999 das Programm »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt« auf den Weg gebracht. 2006 hat die Große Koalition das Programm weiterentwickelt. Seitdem werden auch ressortübergreifende Modellvorhaben, z. B. aus den Bereichen Jugend- und Beschäftigungspolitik, gefördert. Bis 2008 konnten mit insgesamt über 2,2 Milliarden Euro rund 520 Quartiere in fast 330 Städten und Gemeinden gefördert werden.

Den speziellen Problemen in den neuen Bundesländern sind wir 2001 mit dem Programm »Stadtumbau Ost - für lebenswerte Städte und attraktives Wohnen« entgegengetreten. In der Großen Koalition haben wir das Programm mit insgesamt 2,5 Milliarden Euro erfolgreich fortgeführt. 390 Kommunen mit mehr als 820 Stadtumbaugebieten haben sich beteiligt.

Stichwort 50: Gute Perspektiven für Ostdeutschland

Wir haben den Aufbau Ost mit dem 2001 beschlossenen Solidarpakt II auf eine sichere Grundlage gestellt, damit durch die gezielte Förderpolitik eine eigene tragfähige wirtschaftliche Struktur wachsen kann. Heute werden in vielen Regionen die Erfolge unserer Politik sichtbar. Damit auch Langzeitarbeitslose wieder neue Chancen bekommen, ermöglichen wir mit dem Kommunal-Kombi in Regionen mit erheblichen Arbeitsmarktproblemen neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze im öffentlichen, gemeinnützigen Bereich.

Stichwort 51: Investitionszulage wird fortgeführt

Die Investitionsförderung in den neuen Ländern ist eines der zentralen Instrumente zur Förderung des Auf-

baus der ostdeutschen Wirtschaft. Mit dem Investitionszulagengesetz wird die Investitionszulage bis zum Ende des Jahres 2013 mit überwiegend gleich bleibenden Förder Voraussetzungen fortgeführt. Das bisherige Niveau der Förderung wird ab 2010 allerdings abgesenkt. Vorgesehen ist die Förderung von in den Jahren 2010 bis 2013 getätigten wachstumsrelevanten und arbeitsplatzschaffenden Investitionen in Betrieben des verarbeitenden Gewerbes, der produktionsnahen Dienstleistungen und des Beherbergungsgewerbes. Durch die Verlängerung der Investitionszulage wird der dynamische Aufschwung im Osten auch weiterhin gesichert.

Stichwort 52:

Wir machen die gesetzliche Rentenversicherung zukunftsfest

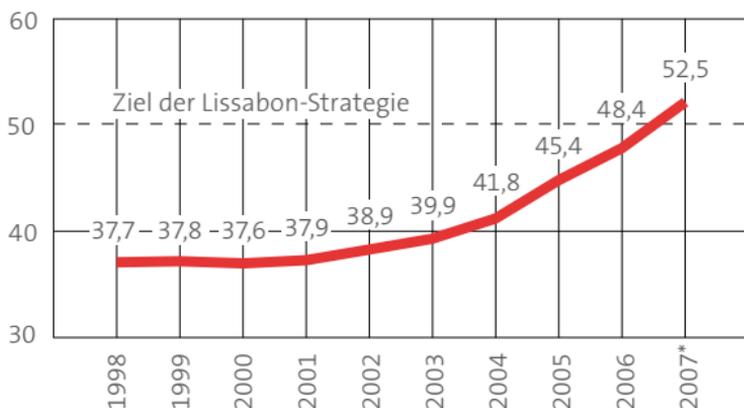
Mit der Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 67 Jahre reagieren wir auf den demographischen Wandel, der als Folge der steigenden Lebenserwartung und gesunkenen Geburtenrate die Rentenversicherung vor große Herausforderungen stellt. Die gesetzliche Rentenversicherung bleibt für uns die wichtigste Säule der Altersversorgung. Der Beitragssatz für die Rentenversicherung von 19,9 Prozent wird in den nächsten Jahren stabil bleiben.

Stichwort 53: Wir erhöhen die Beschäftigungs- quote Älterer

Wir wollen die Beschäftigungschancen Älterer weiter erhöhen. Mit der Initiative 50plus geben wir ein verbindliches Signal an Gesellschaft und Wirtschaft, dass nicht nur eine Umorientierung in der Haltung zur Rolle der Älteren notwendig ist, sondern dass dieser Umorientierung auch konkrete Verhaltensänderungen folgen müssen. Seit 1998 ist die Erwerbstätigkeit der über 55-Jährigen von 37,7 Prozent auf 52,5 Prozent gestiegen.

Entwicklung der Beschäftigtenquote für 55- bis 64-Jährige in Deutschland

Angaben in Prozent



*viertes Quartal

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Stichwort 54: Erhöhung der Renten

In diesem Jahr steigen die Renten in Westdeutschland um 2,41 Prozent und im Osten um 3,38 Prozent. So stark sind die Renten im Westen seit 1994 und im Osten seit 1997 nicht mehr gestiegen. Nach 0,54 Prozent in 2007 und 1,1 Prozent in 2008 ist es gut, dass es diese kräftige Erhöhung gibt. Sie gibt einen Schub für die Binnennachfrage und zeigt, dass auch in der Krise auf unseren Sozialstaat Verlass ist.

Stichwort 55: Auch in Zukunft ein qualitativ hochwertiges Gesundheitssystem

Mit der Gesundheitsreform haben wir unser Gesundheitssystem weiterentwickelt und die Grundlage dafür geschaffen, dass auch in Zukunft allen Menschen in Deutschland eine qualitativ hochwertige Versorgung im Krankheitsfall zur Verfügung steht. Drei entscheidende Maßnahmen haben wir durchgesetzt: Erstens ist künftig jeder gegen das Risiko Krankheit versichert. Dies war bisher nicht der Fall. Zweitens gilt in Zukunft: Prävention vor Behandlung und Rehabilitation vor Pflege. Und Drittens: Gesundheit bleibt bezahlbar. Wir haben Wettbewerb unter den Kassen ermöglicht und Instrumente entwickelt, die zu einer effizienten Verwendung der Mittel führen.

Stichwort 56: Reform der Pflegeversicherung: Ambulant vor stationär

Richtschnur bei der Weiterentwicklung der Pflegeversicherung war für uns der Wunsch der meisten Menschen, so lange wie es geht, in der gewohnten Umgebung und selbstbestimmt zu leben, gepflegt und betreut zu werden. Wir haben die häusliche Pflege durch bessere und neue Leistungen gestärkt. Die Pflegeleistungen wurden insgesamt angehoben und dynamisiert. Neu eingeführt haben wir einen eigenständigen Leistungsanspruch für Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz. Gestärkt wurde auch die Rehabilitation vor und in der Pflege, dazu wurden die Übergänge zwischen Krankenhaus, Reha-Einrichtung und häuslicher, beziehungsweise stationärer Pflege deutlich verbessert.

Erhöhungen des Pflegegelds für pflegende Angehörige

Angaben in Euro

	Bisher	2008	2010	2012
Stufe 1	205	215	225	235
Stufe 2	410	420	430	440
Stufe 3	665	675	685	700

Stichwort 57: Sicherung der Krankenhausfinanzierung

Die wirtschaftliche und finanzielle Sicherung unserer Krankenhäuser ist eine entscheidende Voraussetzung für eine gute Versorgung der Patientinnen und Patienten. Wir haben die Krankenhausfinanzierung verbessert: Aus der im Dezember 2008 verabschiedeten Reform fließen in diesem Jahr bereits 3,5 Milliarden Euro zusätzlich von den Krankenkassen an die Krankenhäuser.

Stichwort 58: Verbesserte Unterstützung der Contergangeschädigten

Wir haben die Renten für Contergangeschädigte verdoppelt und dafür gesorgt, dass sie nicht auf andere Sozialleistungen angerechnet werden. Der Höchstsatz der Rente beträgt seit dem 1. Juli 2008 1.090 Euro, früher waren es 545 Euro. Im Mittelpunkt weiterer Verbesserung steht eine neue jährliche Sonderzahlung, die noch 2009 zum ersten Mal und dann für 25 Jahre an die Betroffenen fließen soll. In ihrer Höhe wird sie sich am Grad der Behinderung orientieren. Außerdem haben wir auf ausdrücklichen Wunsch der Betroffenen dafür gesorgt, dass die Conterganrente künftig dynamisiert und somit automatisch an die Steigerung der gesetzlichen Renten angepasst wird.

Zudem galt bisher eine Ausschlussfrist für Anträge: nur wer vor dem 31. Dezember 1983 Leistungsansprüche stellte, wurde berücksichtigt. Diese Frist haben wir gestrichen.

Stichwort 59: Diamorphin in die Regelversorgung aufgenommen

Im Mai 2009 haben wir Diamorphin in die Regelversorgung der gesetzlichen Krankenversicherung aufgenommen. Damit machen wir die Behandlung Schwerst-Opiatabhängiger mit Diamorphin möglich. Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass die Behandlung Schwerst-Opiatabhängiger mit Diamorphin erfolgreicher ist, als die mit Methadon. Menschen, die zuvor bereits ohne Erfolg ernsthafte Behandlungsversuche mit herkömmlichen Substitutionsmitteln unternommen haben, kann so geholfen werden.

Stichwort 60: Entflechtung des föderalen Kompetenzwirrwarrs

Mit der Föderalismusreform I haben wir für mehr Klarheit in unserer föderalen Ordnung gesorgt sowie eine Stärkung der europapolitischen Kompetenz des Gesamtstaates erreicht. Die Zahl der Gesetze, die der Zustimmung durch den Bundesrat bedurften, wurde wesentlich verringert. Für die Bürgerinnen und Bürger ist nun wieder klarer erkennbar, welche politischen Entscheidungen der Bund und welche die Länder zu verantworten haben.

Stichwort 61: Neuordnung der Bund-Länder-Finzen

Die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern haben wir durch die Föderalismusreform II klarer geregelt. Unser Ziel ist die nachhaltige Konsolidierung der Staatsfinanzen. Wir haben eine neue Schuldenregel für den Bund und die Länder geschaffen, um die Schulden Spirale zu stoppen. Zusätzlich haben wir eine Ausnahmeregelung von dieser Schuldenbremse für Naturkatastrophen oder andere außergewöhnliche Notsituationen – wie die derzeitige Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise – geschaffen. Neben vielen weiteren Änderungen ist es uns auch gelungen, die Finanzhilfekompetenz des Bundes in begrenztem Umfang zu öffnen.

Stichwort 62: **Richtungswechsel in der Ausländerpolitik**

Mit der Durchsetzung der Bleiberechtsregelung ist uns ein Richtungswechsel im Ausländer- und Asylrecht gelungen. Die Bleiberechtsregelung gibt den seit vielen Jahren in Deutschland geduldeten Ausländerinnen und Ausländern einen Ausblick auf eine lebenswerte Zukunft. Familien mit Kindern, die seit sechs Jahren und Alleinstehende, die seit acht Jahren in Deutschland leben, können jetzt mit einem sicheren Aufenthaltsstatus rechnen.

Stichwort 63: **Mehr Kompetenzen für das Bundeskriminalamt**

Wir haben dem Bundeskriminalamt die zum Schutz der Bevölkerung notwendigen Kompetenzen übertragen. Das Bundeskriminalamt hat jetzt die Möglichkeit, bei länderübergreifenden Gefahren, unklarer Landeszuständigkeit oder auch auf Bitten eines Landes schnell und wirksam einzugreifen. Insbesondere terroristischen Gefahren kann so schnell begegnet werden. Weil zwischen Gefährdern heutzutage meist mit modernster Technik kommuniziert wird, ist das neue Instrument der Online-Durchsuchung erforderlich. Wir haben in genauer Befolgung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts auch hier eine Lösung

erarbeitet, die den verfassungsrechtlich gebotenen Datenschutz gewährleistet.

Stichwort 64: **Waffenrecht verschärft**

Nach dem Amoklauf von Winnenden haben wir unser bislang schon restriktives Waffenrecht weiter verschärft. Jugendliche unter 18 Jahren dürfen künftig nicht mehr mit großkalibrigen Waffen schießen. Das Schießen für Minderjährige bleibt grundsätzlich auf Kleinkaliberwaffen beschränkt. Die vorsätzliche unsachgemäße Lagerung von Waffen oder Munition wird in Zukunft als Straftat verfolgt. Die sorgfältige Aufbewahrung von Waffen und Munition kann künftig unabhängig von einem Verdacht kontrolliert werden. Wir werden außerdem bis Ende 2012 – und damit zwei Jahre vor Ablauf der in der EU-Waffenrichtlinie vorgegebenen Umsetzungsfrist – ein gesetzliches nationales Waffenregister einführen.

Stichwort 65: **Erleichterte Zuwanderung für Hochqualifizierte**

Um Deutschlands Position im internationalen Wettbewerb um hochqualifizierte Fachkräfte zu stärken, haben

wir die Zuwanderungsvoraussetzungen für Hochqualifizierte erleichtert. Die Mindesteinkommensgrenze für die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis wurde deutlich gesenkt. Zudem erhalten beruflich gut qualifizierte, geduldete Ausländer einen sicheren Aufenthaltsstatus.

Stichwort 66: Gegen Rechtsextremismus

Wir reden nicht nur über den Kampf gegen Rechtsextremismus und das Eintreten für Demokratie - wir handeln auch. Unter Rot-Grün haben wir viele Programme gegen Rechtsextremismus aufgelegt. In der Großen Koalition sorgen wir dafür, dass diese Programme verstetigt und noch besser finanziert werden. Für die Jahre 2008 – 2011 geht beispielsweise das Bundesprogramm Xenos mit »Integration und Vielfalt« in eine nächste Runde.

Stichwort 67: Doping im Sport – endlich strafbar

Wir Sozialdemokraten stehen für eine konsequente Bekämpfung des Dopings und für eine glaubwürdige Anti-Doping-Politik. Der Sport – und nicht nur der Radsport – kann das Problem, entgegen immer wieder aus dem organisierten Sport geäußerten Behauptungen, nicht alleine lösen. Ein

erster, lange überfälliger Schritt in die richtige Richtung ist das Gesetz zur Verbesserung der Bekämpfung des Dopings im Sport.

Stichwort 68: Mehr Schutz für Nichtraucher

Seit 1. September 2007 ist in Einrichtungen des Bundes und in bestimmten Einrichtungen des öffentlichen Personenverkehrs das Rauchen grundsätzlich verboten. Zum Schutz der Jugendlichen haben wir die Altersgrenze für die Abgabe von Tabakwaren und das Rauchen in der Öffentlichkeit von 16 auf 18 Jahre angehoben.

Stichwort 69: Starker Schutz von Verbrauchern

Wir schützen die Verbraucherinnen und Verbraucher: Durch das neue Versicherungsvertragsgesetz werden Versicherte bei der Lebensversicherung angemessen an den mit ihren Prämien erwirtschafteten Überschüssen beteiligt. Erstmals erhalten Versicherungsnehmer auch einen Anspruch auf Beteiligung an den stillen Reserven. Auch die Beratungs- und Informationspflichten gegenüber den Kunden beim Abschluss von Versicherungen haben wir deutlich verbessert.

Einen starken Schutz für Verbraucher bietet auch das Gesetz zum Pfändungsschutz der Altersvorsorge. Mit diesem haben wir die Altersvorsorge von Selbstständigen gesichert.

Und mit dem neuen Verbraucherinformationsgesetz erhalten Verbraucher erstmals einen bundesweit gesetzlich geregelten Anspruch auf Zugang zu Informationen über Lebensmittel, Futtermittel, Kosmetika und allen Produkten, die mit Haut und Schleimhäuten in Berührung kommen.

Stichwort 70: **Verbraucherschutz in der Telekommunikation**

Für Anrufe bei 0180er-Rufnummern haben wir für Verbraucherinnen und Verbraucher die Transparenz deutlich verbessert: Preishöchstgrenzen werden vorgegeben und es besteht die Verpflichtung, den Preis für Anrufe bei 0180er-Rufnummern aus dem Mobilfunknetz anzugeben. Ein Anruf darf dabei nicht mehr als 42 Cent pro Minute oder 60 Cent pro Anruf kosten. Darüber hinaus haben wir die Rechte von Bürgerinnen und Bürgern bei unerlaubter Telefonwerbung gestärkt. So ist etwa die Unterdrückung von Rufnummern verboten und kann mit einer Geldbuße von bis zu 10.000 Euro bestraft werden. Verbraucherinnen und Verbraucher können außerdem künftig Verträge widerrufen, die sie am Telefon abgeschlossen haben. Generelle Verstöße gegen

das Verbot der unerlaubten Telefonwerbung werden künftig mit einem Bußgeld von bis zu 50.000 Euro geahndet.

Stichwort 71:

Die Rechte der Bahnkunden gestärkt

Wir haben die Fahrgastrechte im Schienenverkehr gestärkt. Bahnfahrerinnen und Bahnfahrer haben europaweit künftig deutlich mehr Rechte, vor allem bei Verspätungen und Zugausfällen. Bahnkunden haben Ansprüche auf Entschädigungen, die u.a. nach der Dauer der Verspätung gestaffelt werden. Künftig haben es außerdem Menschen mit Behinderungen leichter, mit der Bahn zu fahren. Eisenbahnunternehmen und Bahnhofsbetreiber müssen dafür sorgen, dass der Bahnhof, die Bahnsteige, die Fahrzeuge und andere Einrichtungen auch für Personen mit eingeschränkter Mobilität zugänglich sind.

Stichwort 72:

Novelle des Gentechnikgesetzes

Im Gentechnikrecht ist der Schutz von Mensch und Umwelt weiterhin unser oberstes Ziel. Bei der Novelle des Gentechnikgesetzes haben wir daher durchgesetzt, dass Haftungsregelungen unverändert bestehen und öffentlich einsehbare Standortregister erhalten bleiben. Durch die

neue »Ohne Gentechnik«-Kennzeichnungsregelung können Verbraucherinnen und Verbraucher endlich mitentscheiden, ob sich gentechnisch veränderte Lebensmittel auf dem Markt durchsetzen oder nicht.

Stichwort 73:

Wir sorgen für tiergerechte Haltung

Durch eine Änderung im Tierschutzgesetz haben wir sichergestellt, dass Nutztiere tierschutzkonform nur noch in zugelassenen Haltungssystemen untergebracht werden. In das Tierschutzgesetz haben wir dazu eine Ermächtigung zum Erlass eines Prüf- und Zulassungsverfahrens für Haltungseinrichtungen, den Tierschutz-TÜV, eingeführt. Durch diese Regelung schaffen wir Rechtssicherheit, verringern den Prüfaufwand der Behörden und verkürzen die Genehmigungsverfahren.

Stichwort 74:

Wir unterstützen bürgerschaftliches Engagement

Für uns Sozialdemokraten ist die Würdigung des gesellschaftlichen Engagements viel mehr als nur ein politischer Nebenschauplatz. Wir wollen eine starke, vitale, solidarische Bürgergesellschaft. Bürgerschaftliches Engagement

lässt sich nicht verordnen. Durch Anreiz- und Unterstützungsmöglichkeiten müssen Vorteile für die Engagierten geschaffen und ausgebaut werden. Dazu dient das Gesetz zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements. Darin haben wir u.a. die steuer- und abgabenfreie Übungsleiterpauschale auf 2.100 Euro angehoben und einen neuen Freibetrag von 500 Euro für erhaltene Aufwandspauschalen eingeführt.

Stichwort 75: **Ein Soziales Europa**

Bei der europäischen Dienstleistungsrichtlinie ist es uns mit Hilfe unserer Abgeordneten im Europäischen Parlament gelungen, das Herkunftslandprinzip durch das Prinzip des freien Marktzugangs zu ersetzen. Damit haben wir ein wichtiges Zeichen gegen Lohn- und Sozialdumping gesetzt. Ein Erfolg ist auch die Betriebsräterichtlinie: Europäische Betriebsräte erhalten mehr Mitbestimmungs- und Informationsrechte. Auch künftig setzen wir auf ein soziales und demokratisches Europa. Wir fordern den Vorrang der sozialen Grundrechte vor den Marktfreiheiten durch eine soziale Fortschrittsklausel im EU-Vertrag.

Stichwort 76: **Deutsche Außen- und Sicherheits- politik – Internationale Verantwortung**

Mit zahlreichen parlamentarischen Initiativen haben wir Themen wie Energiesicherheit und Klimawandel auf die außenpolitische Agenda gesetzt und ihnen den Stellenwert verschafft, den sie verdienen. Wir haben neue Impulse für Abrüstung und Rüstungskontrolle gesetzt. Es ist maßgeblich dem nachdrücklichen Engagement der SPD-Bundestagsfraktion zu verdanken, dass sich die Bundesregierung der internationalen Initiative zu einem bedingungslosen Verbot von Streumunition angeschlossen hat.

Wir haben die parlamentarischen Mehrheiten für die UN-mandatierten Einsätze der Bundeswehr zur Absicherung der Wahlen im Kongo, zur Verhinderung von Waffenschmuggel vor der Küste Libanons, zur Unterstützung der Afrikanischen Union im Sudan und zur Beteiligung Deutschlands an der Mission KFOR im Kosovo gewährleistet und die Bundeswehr mandatiert, vor der Küste Somalias gegen Piraterie vorzugehen. Die in unserer Fraktion eingerichtete Task Force Afghanistan hat in den vergangenen Jahren wichtige Impulse für eine Anpassung unserer Strategie in Afghanistan gegeben: Deutschland beteiligt sich nicht mehr am Antiterrorereinsatz im Rahmen von OEF; die Mittel für den zivilen Wiederaufbau wurden erheblich aufgestockt und die Anstrengungen zum Aufbau der afghanischen Polizei und Armee wurden deutlich verstärkt.

Die Soldatinnen und Soldaten haben in Afghanistan und an anderen Einsatzorten eine schwierige Aufgabe zu erfüllen. Wir haben ihre soziale und wirtschaftliche Situation erheblich verbessert: Mit dem Einsatzweiterverwendungsgesetz, der Erhöhung des Auslandsverwendungszuschlags und des Wehrsolds und unseren Initiativen zu einer besseren Versorgung von Soldaten, die unter posttraumatischen Belastungsstörungen leiden, haben wir wichtige Beiträge hierzu geleistet.

Stichwort 77: **Weitere Förderung der Entwicklungspolitik**

Entwicklungspolitik gestalten wir seit zehn Jahren als globale Strukturpolitik. Mit dieser nachhaltigen, international koordinierten Politik ist das eigenständige Ministerium der verlässliche Partner der Entwicklungsländer. Wir haben dazu beigetragen, Hunger und Armut zu bekämpfen, Klima und Umwelt zu schützen. Wir sichern Frieden und fördern Demokratie. Wir unterstützen den Aufbau sozialer Sicherungssysteme. Denn wir wollen die Millenniums-Entwicklungsziele und vor allem die darin festgelegte Halbierung der Armut bis 2015 erreichen. Wichtige Schwerpunkte sind für uns die Unterstützung Afrikas, ländliche Entwicklung, Bildung und Gesundheit sowie Klimaschutz und nachhaltige Energiegewinnung. Wir haben den Zivilen

Friedensdienst und das Freiwilligenprogramm »weltwärts« geschaffen. Wir fordern Sozial- und Umweltstandards im Welthandel, um Globalisierung auch für Entwicklungsländer gerecht zu gestalten. Wir haben uns international verpflichtet, den Anteil für die Entwicklungszusammenarbeit am Bruttonationaleinkommen (ODA-Quote) bis zum Jahr 2010 auf 0,51 Prozent und bis 2015 auf 0,7 Prozent zu steigern. In den letzten zehn Jahren konnte der Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung fast verdoppelt werden und erreicht für das Jahr 2009 5,8 Milliarden Euro. Dies bedeutet eine Steigerung in Höhe von über 13 Prozent allein gegenüber dem Jahr 2008. Wir machen damit deutlich, dass wir unsere internationale Verantwortung ernst nehmen.

Register

Abbau von Steuervergünstigungen	25
Absetzbarkeit von Handwerksleistungen	15
Abwrackprämie	7
Ausbildungsplätze	11
Arbeitnehmerstendegesetz	4
Arbeitnehmerrechte	4
Arbeitslosengeld	10
Atomausstieg	35
Ausländer- und Asylrecht	46
Außen- und Sicherheitspolitik	54
Bad Banks	19
BAföG	12
Benachteiligte Jugendliche	10
Beschäftigungssicherung	6
Beschäftigungschancen Älterer	40
Bildungsprämie	32
Biokraftstoffquote	36
Bundeshaushalt	17
Bundeskriminalamt	46
Bund-Länder-Finzen	45
Bürgerentlastungsgesetz	14
Bürgerschaftliches Engagement	52
Bürokratieabbau	29
Degressive Abschreibung	30
Diamorphin-Behandlung	44

Dopingbekämpfung	48
Entwicklungspolitik	55
Erbschaftsteuer	22
Elterngeld	25
Fahrgastrechte	51
Föderale Neuordnung	45
Forschung und Entwicklung	33
Gebäudesanierungsprogramm	34
Gentechnikgesetz	51
Gesundheitssystem	41
Gewerbesteuer	24
Haushaltsnahe Dienstleistungen	15
Investitionszulage	38
Kinderbetreuung	28
Kindergelderhöhung	26
Kinderzuschlag	28
Klima- und Energiepolitik	34
Kommunales Investitionsprogramm	18
Krankenhausfinanzierung	43
Kurzarbeitergeld	7
Managergehälter	21
Meister-BAföG	13
Mindestlohn	4
Mitarbeiterkapitalbeteiligung	31
Mittelstandsentlastung	29

Nichtraucherschutz	49
Pflegeversicherung	42
Rechtsextremismus	48
Reichensteuer	22
Rente	41
Rentenversicherung	39
Rettungsschirm für Banken	18
Schulbedarfspaket	26
Schutzschirm für Arbeitsplätze	6
Solidarpakt II	38
Sonderabschreibung	30
Soziales Europa	53
Soziale Künstler-Absicherung	8
Sozialversicherungsbeiträge	8
Schwarzarbeit	16
Städtebaupolitik	37
Steuerhinterziehung bekämpfen	20
Steuersenkungen für kleine und mittlere Einkommen	14
Steuererleichterungen für kleine und mittlere Unternehmen	31
Tierschutzgesetz	52
Umweltrecht	36
Unerlaubte Telefonwerbung	50
Unterhaltsrecht	29

Unternehmensgründung	30
Unternehmensteuerrecht	24
Unterstützung für Contergangeschädigte	43
Verbraucherschutz	49
Verkehrsinvestitionen	37
Verstaatlichung	19
Waffenrecht	47
Wohngeld	13
Zukunftsinvestitionen	17
Zuwanderung für Hochqualifizierte	47

IMPRESSUM

REDAKTIONSSCHLUSS: 08.07. 2009

HERAUSGEBERIN

SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN

PETRA ERNSTBERGER MDB

TEXT

PLANUNGSGRUPPE

REDAKTION

ANJA LINNEKUGEL

TITELBILD

LICHTKOMBINAT

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information, sie darf während eines Wahlkampfes nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

Hinweise

www.spdfraktion.de

Das Internetangebot der SPD-Bundestagsfraktion spdfraktion.de bietet umfangreiche Informationen zu ihrer Arbeit im Deutschen Bundestag und zwar unter dem Menüpunkt »Themen«. Unter der Rubrik »Fraktion« finden Sie die Ausschussarbeitsgruppen mit Materialien und einer Liste der Mitglieder der Arbeitsgruppe. Darüber hinaus bieten wir ausführlichere Informationen zu unserem Fraktionsvorsitzenden und unserem Fraktionsvorstand.

Unter dem Menüpunkt die »Abgeordneten« erhalten Sie weiterführende Hinweise zu unseren Fraktionsmitgliedern; darunter die Kontaktdaten zu den Büros im Deutschen Bundestag und in den Wahlkreisbüros. Eine Wahlkreisübersicht ermöglicht anhand einer Karte über die Auswahl des Bundeslandes die geographische Auswahl eines Wahlkreises und des zuständigen Bundestagsabgeordneten. Außerdem stehen auf unserer Internetseite alle unsere Veröffentlichungen zum Herunterladen für Sie bereit. Ebenso können Sie online die digitale Ausgabe unseres Informationsdienstes Fraktion Intern abonnieren. Und auch unsere Pressemitteilungen, Veranstaltungs- sowie Medientermine können Sie sich regelmäßig zusenden lassen.

KONTAKT

SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

TELEFON (0 30) 227 57 133

TELEFAX (0 30) 227 56 800

E-MAIL: OEFFENTLICHKEITSARBEIT@SPDFRAKTION.DE

